

SYSTEMRELEVANT 9

Sebastian Dullien und Marco Herack sprechen über die deutsch-französische Initiative zur Erholung der europäischen Wirtschaft und über die negativen Aspekte von staatlichen Ausgabenkürzungen in Krisenzeiten.

Marco Herack:

Heut ist Dienstag, der 19. Mai 2020. Willkommen zur 9. Ausgabe von Systemrelevant. Im Intro bereits angekündigt: Sebastian Dullien. Ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr uns erreichen möchtet, um beispielsweise eure Freude über unsere Ideen oder euren Unmut über eben jene kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter erreichen @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Ja, also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach dahin schicken. Und Sebastian, dich findet man auf Twitter unter SDullien.

Sebastian Dullien:

Genau.

Marco Herack:

Heute geht es endlich mal um die wirklich wichtigen Dinge des Lebens: das liebe Geld. Genau genommen das Geld, das wir nun ausgeben. Zunächst einmal auf EU-Ebene, da gibt es eine Grundsatzeinigung zwischen Frankreich und Deutschland für eine europäische Konjunkturmaßnahme. Und dann geht es um die Frage, wie sich all das, was gerade ausgegeben wird, vielleicht finanzieren lässt. Mein persönliches Geldsäckel sagt, bitte ohne Steuererhöhungen, aber das sieht vielleicht nicht jeder so. Sebastian, in einer der letzten Folgen haben wir über die europäischen Hilfsmaßnahmen gesprochen und dabei erwähnt, dass Ursula von der Leyen nun bis in den Mai hinein Zeit hat, eine Einigung in Sachen Konjunkturprogramm herbeizuführen. Und gestern verkündeten Deutschland und Frankreich etwas unerwartet, na ja, wir haben uns auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt: 500 Milliarden Euro, echtes Geld für echte Bedürftige. Hast du da so einen kleinen Freudensprung vollführt?

Sebastian Dullien:

Ja, ich war ehrlich gesagt ein bisschen überrascht, dass dieser Vorschlag jetzt so kam, denn da ist sehr viel Gutes dran. Zur Erinnerung; wir hatten ja gesagt, man braucht so 1.000 Milliarden Euro, die man gemeinsam aufnimmt mit sogenannten Corona-Bonds und dann eben ausgibt, um die europäische Wirtschaft zu stützen. Was da jetzt auf dem Tisch liegt, ist vom Ergebnis sehr ähnlich. Es ist nicht ganz so groß, wir reden hier von 500 Milliarden Euro, aber das ist tatsächlich neues, zusätzliches Geld, was in einer Form mobilisiert werden soll, dass es den Schuldenstand der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht erhöht und auch dann tatsächlich jetzt hoffentlich relativ schnell auf die Straße gebracht werden soll. Und das ist natürlich super, wenn die Europäische Union es hinkriegt, jetzt in der Form tatsächlich handlungsfähig zu sein.

Marco Herack:

Das haben sie ja auch explizit dazu geschrieben, dass sie das Geld schnellstmöglich nutzbar machen möchten.

Sebastian Dullien:

Ich glaube, die haben von Anfang 2021 jetzt gesprochen, wo es ausgegeben wird. Aber das ist, glaube ich, schon okay. Es geht ja auch viel um Investitionen dabei und da braucht man einen gewissen Planungsvorlauf.

Marco Herack:

Zumal das ja nur in Anführungszeichen Maßnahmen sind, die ja über die EU dann mitfinanziert werden, und die Länder selber können ja natürlich vorher schon Hand anlegen. Der Vorschlag, also ich fand ihn auch recht beachtlich, da die EU hier direkt Anleihen gibt, die dann auch tatsächlich dazu dienen, den Staaten Geld zu geben, die es brauchen, ohne dass deren Schuldenstand erhöht wird. Und das war ja tatsächlich immer so ein großes Fragezeichen, kriegt man das hin. Die einen wollten das, die anderen wollten es komplett verhindern. Mit diesem Ziel hat man es ja jetzt dann zumindest mal geschafft, dahin zu kommen, dass es technisch möglich wird. Jetzt hast du schon gesagt, es nicht so viel, wie wir es mal besprochen hatten, dass es vielleicht hätte sein sollen, aber grundsätzlich wirksam ist das Programm ja trotzdem.

Sebastian Dullien:

Ja. Also ich glaube, eine Kleinigkeit, da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das so stimmt, wie du es gesagt hast. Das liegt aber auch daran, dass die Informationen zurzeit ja nicht so ganz eindeutig sind. Wir müssen auch sagen, das ist ja jetzt nur ein Vorschlag von Deutschland und Frankreich. Das ist ja kein EU-Entscheid. Und bis dahin dauert es noch ein bisschen. Also du sagtest, das kriegen jetzt die Staaten – das Geld – die es besonders notwendig haben. So ist es ja nicht formuliert, sondern ich glaube, es ist so formuliert, dass gesagt wird, das Geld wird in den besonders betroffenen Regionen und Sektoren ausgegeben. Also ich glaube, wenn ich es richtig verstanden habe, sind es schon noch europäische Projekte, die dann in bestimmten Bereichen stattfinden. Nichtsdestotrotz ist das natürlich sehr hilfreich, denn das kann einen Beitrag leisten als Konjunkturprogramm quasi, um den Wiederaufbau oder das Wiederanfahren der europäischen Wirtschaft nach der Krise zu erleichtern. Und es hat den Vorteil, weil es europäisches Geld ist, was nicht von den Nationalstaaten jetzt geliehen werden muss, dass es den Schuldenstand eben nicht erhöht. Und diese Kombination kann schon sehr nützlich sein. So von der Größenordnung muss man sagen, 500 Milliarden Euro, wir reden ja jetzt nicht nur von der Eurozone, sondern von der EU, das soll ausgegeben werden in den ersten Jahren – so steht es im Dokument – des mittelfristigen Finanzrahmens der EU. Wenn man jetzt davon ausgeht, dass es so über drei Jahre ausgegeben wird, dann ist das ungefähr 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr. Das ist nicht so wahnsinnig viel angesichts dessen, dass die Wirtschaftsleistung durch die Corona-Krise den meisten Ländern, ja, wahrscheinlich so um 7-8 Prozent zurückgeht, aber es ist schon richtig Geld.

Marco Herack:

Du hast natürlich recht, ich habe da schon die Kritik antizipiert, die ja gesagt hat,

das sei ja nur Makulatur und technisches Hin- und Hergeschiebe, im Endeffekt wäre es eine Staatsfinanzierung. Was ich jetzt noch einwenden würde; es ist aber schon so gedacht, dass nicht unbedingt ein Land wie Deutschland davon profitiert, sondern eher so Regionen, die dann auch tatsächlich gewisse Geldsorgen haben, wo dann aber vielleicht zumindest Geld an sich erst mal auch hilfreich ist. Es muss dann gar nicht so sehr der Riesenbatzen sein, auch weil vielleicht die Kaufkraft dort ganz anders ausgeprägt ist als anderswo, sodass man zumindest mal ein Steuerungsinstrument hat, um einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Die Idee, zumindest so habe ich es verstanden, von Angela Merkel und Emmanuel Macron ist, dass tatsächlich das vor allem den Ländern, die besonders hart betroffen sind, zugutekommt. Ob das jetzt so wird, das wissen wir nicht. Denn die genaue Ausgestaltung, wo das Geld hinfließt, nach welchen Kriterien es vergeben wird, das muss ja noch in den Details verhandelt werden. Und es ist jetzt nicht ausgeschlossen, dass die Niederlande sagen, na ja, also wir wollen den Schlüssel so oder so haben, dass auch genug davon hinterher bei uns wieder ankommt. Denn das Ganze läuft jetzt über den EU-Haushalt und damit läuft das in die normalen EU-Haushaltsverhandlungen rein. Und wir wissen alle, wie die ablaufen. Das ist wirklich, das ist ja ein Geschacher und da sitzen ja auch zum Teil Diplomaten, die verhandeln, deren Ziel es immer war, möglichst viel für das eigene Land rauszuholen und wenn die mit dem Modus jetzt verhandeln, besteht da immer noch die Gefahr, dass am Ende das Geld nicht da landet, wo es am dringendsten gebraucht wird.

Marco Herack:

Es wurde aber ja jetzt nicht nur Geld verteilt, sondern man hat sich auch auf so ganz grundlegende Dinge geeinigt, also so – ich nenne mal ein paar – europäische Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Bereich Impfstoffe ausbauen. Also es geht dann auch um Lagerbestände für Arzneimittel, Medizinprodukte, ja, so was wie Schutzausrüstung und so weiter. Also man hat schon auch zumindest mal zwischen Frankreich und Deutschland jetzt so eine grundsätzliche Einigung auch darüber getroffen, dass jetzt nicht Deutschland sein Ding macht, Frankreich sein Ding, sondern dass man auch in der Gesundheitsvorsorge beginnt, eine gewisse Koordinierung voranzutreiben, die dann zu einer gemeinsamen EU-Linie führt.

Sebastian Dullien:

Ja, das ist richtig. Und das ist natürlich auch extrem hilfreich im Moment. Denn wir haben gesehen, dass eigentlich ja Gesundheit so ein blinder Fleck der Europäischen Union bisher war. Also das ist offensichtlich ja was, wenn ein Land das massiv vernachlässigt, dann kann das ganz schwere, negative Effekte auf die anderen Länder haben, gerade im Fall von so einer Pandemie. Und trotzdem war Gesundheit bislang immer nationalstaatliche Sache. So, um jetzt auch zu zeigen, auch zu signalisieren, Europa hat hier einen Mehrwert, macht es total Sinn, solche Dinge zu machen, also zum Beispiel Kapazitäten bei der Impfstoffforschung zusammenzulegen oder eben gemeinsame Lager für Medizinprodukte anzulegen und aufzubauen. Das ist gut und richtig und finde ich einen sehr wichtigen Schritt.

Marco Herack:

Und gleichzeitig haben sie ja auch so Sachen beschlossen, von denen wir eigentlich dachten, Sie wären ohnehin beschlossen; dass nämlich der Schengenraum wieder so funktionieren soll, wie er funktioniert hat, dass der Binnenmarkt uneingeschränkt funktionieren kann und soll, dass es wieder eine industriepolitische Strategie geben soll. Meint ja dann auch immer so ein bisschen Schutz der eigenen Unternehmen vor ausländischen Übernahmen, wenn es uns denn in den Kram passt und alles solche Sachen. Also das liest sich erst mal ganz gut, aber mein Eindruck war da so, da hat man dann noch mal eher was bekräftigt als was Neues beschlossen.

Sebastian Dullien:

Klar. Also ein Teil davon sind Bekräftigungen, aber nichtsdestotrotz, es bleibt eben ziemlich viel Neues zurück. Es bleibt eben das Neue zurück, dass die Europäische Union zum ersten Mal in wirklich relevantem Maße Kredite aufnehmen kann und wird und dass die jetzt verteilt werden an Länder, die in einer katastrophalen Situation eben, ja, dringenden Bedarf dafür haben.

Marco Herack:

Hast du denn das Gefühl, das könnte so ein Moment sein, in dem man Europa jetzt doch wieder auch als Akteur sehen kann? Also dass man das Heft des Handelns in die Hand nimmt?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, es hängt sehr davon ab, wie jetzt die tatsächliche Einigung aussieht. Wir hatten ja schon mal ein paar Vorschläge. Ich erinnere an das Paket von Meseberg, wo auch die Deutschen und die Franzosen eigentlich relativ weitreichende Vorschläge gemacht haben. Also damals stand drin eine Arbeitslosenrückversicherung für die Eurozone sollte geprüft werden. Und da waren relativ enge Zeitgrenzen dafür gesetzt. Da ist sehr, sehr wenig draus geworden, zumal einfach die anderen Eurostaaten nicht immer grundsätzlich mitgespielt haben. Denn da kommen jetzt zwei Sachen zusammen: Einmal haben ja manche Länder andere Interessen als Deutschland und Frankreich, sehen das einfach anders, die Niederlande zum Beispiel, und dann sehen einige Länder eben nicht ein, warum gerade Deutschland und Frankreich in der Form vorpreschen dürfen und sollen, wo es doch eigentlich eine EU der 27 sind.

Marco Herack:

Ja okay. Ja, mir ist eine Sache aufgefallen, die mich so ein bisschen gewundert hat, dass sie jetzt da nun explizit da, na ja, erwähnt wird oder verhandelt wurde, zumal es ja eigentlich auch schon ein Ziel war, das auch die Bundesregierung immer rausgegeben hat und zwar die Einführung einer CO₂-Mindestbepreisung im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems. Das ist ja etwas, wo ich eigentlich jetzt schon weiß, das wird extrem hart umkämpft sein, weil da ja jetzt dann auch in einer Krise die Belastung für die Industrie definiert wird.

Sebastian Dullien:

Ich bin mir ehrlich gesagt nicht sicher, ob eine verbindliche Mindestbepreisung von CO₂ tatsächlich eine industriebelastende Maßnahme ist. Denn so was schafft natürlich Erwartungssicherheit. Weil zurzeit weiß man überhaupt nicht, wo der CO₂-

Preis oder wo der Energiepreis sein wird, insbesondere wo der Ölpreis noch mal so massiv gefallen ist. Und wenn ich jetzt aber da eine Orientierung gebe, dann regt das vielleicht bestimmte Investitionen sogar an. Hinzukommt, dass ich glaube, dass, selbst wenn man so einen CO₂-Mindestpreis jetzt einführt, wird das nicht das letzte Instrument sein. Man wird noch mal nachlegen und gucken, dass man bestimmte besonders energie- oder CO₂-intensive Industrien abschirmt oder schützt. Und was wir jetzt so über neue Industriepolitik hören, da wird bestimmt solch ein Element dabei sein. Denn was wir bei dieser Krise ja auch gesehen haben, ist, dass internationale Lieferketten verletzlich sind, als wir gedacht haben. Und von daher wird man sich sehr stark überlegen, ob man strategische Produktionen, etwa von Stahl, grundsätzlich aus Europa abwandern lässt. Und am Ende bleiben dann nur irgendwelche Instrumente, um diese Branchen auch vor dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu schützen, wenn ich gleichzeitig CO₂-Bepreisung bei uns einführen möchte.

Marco Herack:

Das heißt, da wird schon so ein bisschen das Thema Industriepolitik, was dann woanders noch mal auftaucht, vielleicht sogar schon vorbereitet, wenn man es etwas augenzwinkernd sehen möchte.

Sebastian Dullien:

Ich denke, dass sich die Debatte um die Industriepolitik schon verändert hat im Hintergrund und auch noch massiv verändern wird in den nächsten Monaten.

Marco Herack:

So und bevor wir jetzt von dem Thema ablassen, ich habe in den letzten Stunden sehr viel davon gelesen, dass das ein vermeintlicher Hamilton-Moment sei. Was ist denn ein Hamilton-Moment?

Sebastian Dullien:

Also in dem Hamilton-Moment sind in der Geschichte der USA Entscheidungen verbunden, wo die Zentralregierung bestimmte Verpflichtungen für die Einzelstaaten übernommen hat und das wird so als Geburtsstunde tatsächlich der USA gesehen. Und hier wird eben gesagt, also na ja, bislang waren das Einzelstaaten, die EU, und dieser Hamilton-Moment könnte ein Moment sein, wo der Schritt von einer lockeren Föderation von Staaten zu einem richtigen Föderalstaat gemacht wird. Der Hintergrund hier, warum das jetzt gesagt wird, ist, dass erstmals eben die EU in sehr großem Maßstab eigenen Kredite aufnimmt. Das heißt, wir werden demnächst EU-Anleihen haben. Die könnten durchaus eine Rolle als eine sichere Anleihe in der Eurozone irgendwann spielen. Die haben jetzt ein Volumen, was relevant ist mit 500 Milliarden. Die sind sicher, weil die EU-Staaten dafür haften und weil die EU aus ihrem Haushalt, wo ja die Beiträge einfließen, auch die Zinsen leisten wird oder zumindest alle davon ausgehen und es auch zumindest bei dieser Art der Verschuldung überhaupt keinen Zweifel gibt, dass die EU auch aus ihrem Haushalt in der Lage ist, das zu bezahlen. Manche Leute haben die Hoffnung, dass dies ein weiterer wichtiger Integrationsschritt in Richtung eines europäischen Staates sein könnte.

Marco Herack:

Aber um das dann zu vollenden, müsste die EU ja in die Lage versetzt werden, selber noch Steuern zu erheben, um ihre Schulden dann zu bezahlen, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, wobei die Frage ist ja, wie viel Steuern man selber erheben muss. Wenn man sich die USA historisch anguckt, die hatten lange Zeit auch keine Möglichkeit, eine föderale Einkommensteuer zu erheben, sondern das ist lange Zeit durch Zölle und so was passiert. Und die EU hat schon eine gewisse Kompetenz, Zölle zu erheben. Jetzt kann man sich überlegen, wenn ein CO₂-Mindestpreis eingeführt wird und vielleicht noch eine Grenzabgabe für CO₂, das heißt, wenn an der Grenze bestimmte Produkte besteuert werden, wenn die besonders CO₂-intensiv waren, dann bewegen wir uns ja immer stärker in Richtung einer Staatlichkeit, die auch Steuern erheben kann.

Marco Herack:

Dann kommen wir mal zum nächsten Thema und wir haben in der letzten Folge ja darüber gesprochen, Sebastian, dass es Anfang Juni ein Konjunkturprogramm vorschlag seitens der Bundesregierung geben soll. Das hat jetzt Angela Merkel auch noch mal bestätigt. Mancher stellt sich da die Frage, ja, wie das alles finanziert werden soll. Wir wollen an der Stelle mal kurz drauf verweisen, dass wir das Thema Finanzierung so in seiner grundsätzlichen Art und Weise, wie wir das hier im Podcast sehen, in unserer zweiten Folge schon verhandelt haben. Also da würde ich dann auch noch mal drauf verlinken, sodass ihr euch das anhören könnt. Und es gibt jetzt allerdings einen aktuellen Diskurs, den wir uns da widmen wollen. Und na ja, es ist ja eigentlich ziemlich schematisch bei solchen Themen, denn es bilden sich immer so, na ja, man könnte sie schon fast Standardlager nennen, heraus. Und jeder, der mal so das beobachtet hat, der kennt das. Also die einen sagen, man muss die Steuern erhöhen und das darüber bezahlen. Dann sagen die anderen, nein, nein, steuern nicht, man muss die Ausgaben kürzen oder vielleicht sogar auch beides. Und dann gibt es, und das war die Position – korrigiere mich, wenn ich das jetzt falsch sage, Sebastian – die du vertreten hast, wir sollten das über Schulden finanzieren, was wir jetzt ausgeben. So, es gab jetzt das Argument von einem Unternehmerverband, dass ja auch der Staat mit einer simplen Gewinn- und Verlustrechnung, na ja, agieren sollte. Und da ist dann völlig klar, es müssen die Ausgaben gesenkt werden. Weil Steuererhöhungen kommen ja überhaupt nicht in Frage. Da ist so meine erste Frage, Sebastian, kann denn ein Staat tatsächlich mit einer simplen Gewinn- und Verlust-Rechnung agieren?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das ist schon mal der völlig falsche Ansatz. Denn ein Staat ist eben einfach kein Unternehmen. Und die Analogie zwischen Gewinn und Verlust und Einnahmen und Ausgaben ist übrigens auch falsch, die ist auch betriebswirtschaftlich falsch, aber das ist nur so eine Nebenbemerkung. Aber ein Staat ist eben kein Einzelunternehmen. Sondern beim Staat sind die Ausgaben immer auch eine Nachfragekomponente. Das heißt, wenn der Staat seine Ausgaben massiv kürzt, dann hat das normalerweise Rückwirkungen auf die ganze Wirtschaft und schwächt, ja, die Nachfrage dann nach anderen Konsumgütern und schwächt

damit die Konjunktur. Aus dieser Sicht finde ich diese Forderung, jetzt möglichst bald alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und eben massive Kürzungen zu machen, halte ich auch konjunkturpolitisch für völlig falsch. Wir haben auch in den frühen 2000er Jahren gesehen, wohin das führt oder dass das eben zu nichts Sinnvollem führt. Wir hatten ja nach 2002/2003 die Situation, dass Deutschland in Konflikt mit dem Wachstumsstabilitätspakt gekommen ist. Damals ist unser Defizit über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Und daraufhin gab es eine ganze Reihe von Kürzungsprogrammen. Da wurden immer wieder Abgaben erhöht, aber auch Sozialleistungen gekürzt und andere Ausgaben gekürzt. In der Zeit haben wir eben auch Jahre, wo die Staatsausgaben geschrumpft sind von einem Jahr zum anderen. Und das war übrigens auch eine Phase von hoher Arbeitslosigkeit und ganz schwachem Wachstum. Regelmäßig wurden dann die Prognosen nach unten revidiert, nachdem der Staat wieder ein neues Kürzungsprogramm aufgelegt hat. Das hat dazu geführt, dass wir eigentlich ein halbes Jahrzehnt praktisch kein Wachstum in Deutschland hatten. Ganz anders sah es nach der Krise 2009/2010 aus, da hatten wir dann zwar auch noch mal ein Jahr mit schrumpfenden Staatsausgaben, aber eigentlich ist es so ab 2013/2014/2015 bis unmittelbar vor dieser Krise hat man das eben überlassen. Und das war dann auch die Phase, wo Deutschland eigentlich ein wunderschönes Wirtschaftswachstum hingelegt hat mit Rekordbeschäftigung. Und das wäre natürlich die Hoffnung, dass man so was nach dieser Krise wieder erreichen kann. Aber dafür darf man jetzt nicht einfach Ausgabenkürzungen machen.

Marco Herack:

Wenn Unternehmer so eine simple Kürzung der Ausgaben fordern und Friedrich Merz das dann um, ich zitiere mal „Subventionen ebenso wie soziale Transferleistungen“ ergänzt, dann trifft das doch eine Bevölkerungsgruppe, die unter der Krise ohnehin am meisten leidet, also so Geringverdiener, Leute mit Minijobs, Hartz IV.

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, ehrlich gesagt, das ist eins der Dinge, die mich überhaupt jetzt doch etwas gewundert hat, sowohl an Äußerungen von Friedrich Merz als auch vom Verband der Familienunternehmer, dass die ja im Grunde die Frechheit besitzen, sich dahinzustellen und zu sagen, so, wir haben jetzt so viel Geld in der Krise ausgegeben, jetzt müssen mal die sozial Schwachen und die Ärmeren ein bisschen zurückstecken. Denn wenn man sich mal anguckt, was der Staat in Deutschland bislang gemacht hat, da ist ganz viel von den Hilfsleistungen eben zu den Unternehmen und Selbständigen geflossen. Ich habe mir mal den kleinen Spaß gemacht und mir das nationale Stabilitätsprogramm der Bundesregierung rausgesucht, wo sie Ende April 2020, also vor drei Wochen ungefähr, der EU-Kommission gemeldet haben, wo sie jetzt Mehrausgaben haben und Mindereinnahmen. Und da kann man jetzt sehen, welche Maßnahmen sind dafür da, Unternehmen zu stützen und welche Maßnahmen, kann man sagen, die sind den Haushalten zugute geflossen. Und bei den Unternehmensstützungen haben wir diese Soforthilfen, die Kredite, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, die Übernahme von Sozialabgaben, wenn die Beschäftigten in Kurzarbeit sind und so weiter. Und das summiert sich nach deren Tabelle und meiner groben Rechnung, groben Zuordnung, was zu den Haushalten und was zu den Unternehmen gehört, da

summieren sich die Hilfen für selbständige Unternehmer auf 424 Milliarden Euro. Und im Gegenzug, wenn man jetzt guckt, was die Privathaushalte, die keine Unternehmer sind, was die bekommen haben als Stützung, da kommen wir auf 13,7 Milliarden Euro. Und ich meine, das ist schon ein enormes Verhältnis. Das ist nicht falsch, denn wir haben ja absichtlich jetzt gesagt, wir müssen die Unternehmen vor Insolvenzen schützen. Aber hier, finde ich, wäre es schon, sage mal, fair oder auch eigentlich müsste das erwarten, dass die Unternehmensverbände hier auch anerkennen, dass der Staat sie gerettet hat und nicht zu sagen, na ja, jetzt haben wir mal 400 Milliarden abbekommen, jetzt müssen mal die anderen, die noch nicht mal 20 abbekommen haben, die müssen mal ein bisschen den Gürtel enger schnallen.

Marco Herack:

Zumal ja auch Unternehmen von Verbrauchern leben, die Geld haben. Der Staat hat ja an der Stelle auch gesagt, also wir strukturieren das so, zum Beispiel mit der Kurzarbeit, dass die Unternehmen ihre Fachkräfte halten können und dadurch aber dann auch diese Fachkräfte entsprechend Kapital haben, um zu leben und es auszugeben, wovon ja dann wiederum auch die Unternehmen profitieren. Also man hat ja explizit gesagt, man will den Wirtschaftskreislauf am Leben erhalten. Dass dann daraus wieder so eine einseitige Sache gemacht wird – wir, die Unternehmen und da die anderen – das fand ich schon so ein bisschen sonderbar.

Sebastian Dullien:

Ja, das ist in der Tat ein bisschen komisch und hier muss man sich auch fragen, ob nicht dieser Verband eigentlich gegen die Interessen der Unternehmen selber agiert. Denn, genau was du sagst, wenn jetzt die Konjunktur abgewürgt wird durch solche Kürzungen, dann hat am Ende keiner davon was gewonnen. Fairerweise muss man allerdings ja auch sagen, dass das nicht die Mehrheit der Unternehmen ist. Also wir haben ja mehrere Millionen Unternehmen in Deutschland. Dieser Verband der Familienunternehmer ist eh so ein bisschen obskur. Der positioniert sich immer etwas merkwürdig, ich würde jetzt sagen, eigentlich ohne jede makroökonomische Kompetenz, zumindest lässt er sie nicht erkennen in irgendwelchen Äußerungen. Und das ist nicht der Großteil der deutschen Wirtschaft. Das sind ein paar tausend Unternehmer, die da vertreten sind, ein winziger Anteil der deutschen Wirtschaft. Und ich meine, vom BDI zum Beispiel, da haben wir jetzt nichts gehört, dass man massiv die Sozialleistungen kürzen sollte. Und das ist gut, denn ich glaube, eine Debatte über diese Dinge bringt uns zurzeit nicht weiter, weil es einfach nur Verunsicherung schürt.

Marco Herack:

Ich glaube, die Debatte wäre jetzt auch nicht so hochgekocht, wenn Friedrich Merz da nicht noch mal Öl reingegossen hätte mit seiner Aussage. Du hast in unserer ersten Folge, wenn ich mich da recht erinnere, ziemlich explizit gesagt, dass man diese Corona-Krise jetzt eigentlich nicht dazu benutzen sollte, diese Verteilungskämpfe zu führen. Es ging damals um die Vermögenssteuer, Klammer auf, die ein Friedrich Merz treffen könnte, Klammer zu. Aber ich vermute mal, du bleibst bei der Aussage, das ist jetzt einfach nicht der Zeitpunkt, diese Kämpfe zu führen.

Sebastian Dullien:

Also ich würde sagen, das Wichtige ist zurzeit, die Wirtschaft zu stabilisieren. Das soll Priorität haben und da sollte man dran arbeiten. Wenn wir Verteilungsprobleme in Deutschland haben, die wir meiner Meinung nach haben, dann müssen wir irgendwann drüber reden, wie das Steuersystem anders konstruiert sein sollte. Das soll doch bitte nicht jetzt stattfinden. Denn was wir jetzt wollen, ist, wir wollen die Erwartungen der Unternehmen für Investitionen stärken, wir wollen die Erwartungen von Haushalten für künftige Einkommen stärken, damit weiter gekauft, weiter investiert wird. Und wenn wir jetzt eine Debatte aufmachen, wo keiner weiß, ob er am Ende des nächsten Jahres nicht doch noch irgendwo eine dicke entweder Abgabenerhöhung kriegt oder ihm irgendwelche Sozialleistungen gestrichen werden, dann destabilisieren wir eigentlich die Wirtschaft nur weiter.

Marco Herack:

Das Handelsblatt hat vor, ich meine, so ungefähr 3 Wochen einen Artikel schon geschrieben gehabt, in dem gefordert wurde, dass man jetzt auch die Rentner bitte an den Kosten der Corona-Krise beteiligen möge, nämlich indem man einfach die Rentenerhöhung aussetzt. Läuft in die gleiche Richtung, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, auch das halte ich nicht für besonders sinnvoll. Wir haben uns ja auf ein regelbasiertes Rentensystem geeinigt, wo die Renten nachlaufend sich anpassen wie die Löhne und Gehälter grob, also die Lohn- und Gehaltssumme, das heißt, da geht auch die Beschäftigung mit rein. Das bedeutet jetzt, das war das letzte Jahr ganz gut gelaufen, dass diese Jahr die Rentner einen Schlag drauf kriegen. Das kann man ja irgendwie auch rechtfertigen, weil also erstens es sind ja schon ein paar Sachen auch teurer geworden. Wir haben jetzt bei bestimmten Produkten des alltäglichen Lebens einen Anstieg der Inflation beobachtet. Und außerdem ist das ja auch Massenkaufrkraft. Also wenn die Rentner diese höhere Rente kriegen, die geben das aus, das stabilisiert jetzt die Konjunktur. Jetzt kann man sagen, alle anderen müssen verzichten, warum da nicht auch die Rentner? Na ja, weil die Regel eben so ist, dass das ein Jahr nachlaufend berechnet wird. Das heißt, die kriegen jetzt einen Schlag drauf im Juli, was jetzt die Konjunktur stabilisiert und das heißt aber, im kommenden Jahr, wenn dann die schlechten Beschäftigungszahlen, die schlechten Einkommenszahlen dieses Jahres in die Statistik einfließen, dann kriegen die eben wahrscheinlich oder möglicherweise, das wissen wir noch gar nicht, eine Nullrunde und im Zweifel dann auch das Jahr danach. So funktioniert das. In dem Moment ist dann diese Rentenzurückhaltung makroökonomisch viel besser zu verkraften, weil dann hoffentlich wieder die Beschäftigung steigt und die Löhne nicht mehr fallen und dann gleichen quasi die Rentner das aus, was die Beschäftigten dann eben mehr haben. Und das ist eigentlich ein gutes System, eine vernünftige Logik und da gibt es keinen Grund, jetzt einfach aus Krisengründen da mal reinzugrätschen.

Marco Herack:

Aber finanziert werden muss es natürlich trotzdem. Und eine der Aussagen ist ja, na ja, wir wachsen dann aus den Schulden raus. Wie muss ich mir denn das vorstellen mit diesem Rauswachsen?

Sebastian Dullien:

Ganz plump; wenn ich jetzt 100 Euro Schulden habe und 100 Euro Einkommen – oder 100 Euro Bruttoinlandsprodukt – dann habe ich einen Schuldenstand von 100 Prozent. Und wenn ich jetzt einfach die 100 Euro Schulden behalte und nächstes Jahr 110 Euro Einkommen oder Bruttoinlandsprodukt habe, dann ist die Schuldenquote, also der Anteil der Schulden an meinem jährlichen Einkommen, ist dann halt auf etwas über 90 Prozent schon gleich gefallen. Da habe ich nichts zurückgezahlt, sondern da bin ich einfach das, was wir produzieren, gewachsen. Und um das noch mal so vielleicht auf eine Haushaltsperspektive zu bringen: Sind 300.000 Euro viel Schulden?

Marco Herack:

Für wen, ist immer die Frage.

Sebastian Dullien:

Für wen, ist die Frage. Und wenn ich der arbeitslose Hartz-IV-Empfänger bin ohne Immobilie und so weiter, sind 300.000 Euro sehr, sehr viel Schulden für mich. Wenn ich aber jetzt jemand bin, der, ich weiß nicht, Filmstar, der für einen Film ein paar Millionen kriegt und der überall, ja, zwei, drei Villen in wichtigen Orten der Welt hat, dann sind 300.000 Euro wahrscheinlich überhaupt keine großen Schulden. Ja, dann wird irgendwie ein Filmprojekt gemacht und dann werden davon 10 Prozent genommen und dann werden die Schulden zurückgezahlt. Das heißt, man muss Schulden immer im Verhältnis zum Einkommen sehen. Und das Rauswachsen bedeutet halt, dass man sich das klarmacht und den Schuldenstand jetzt nicht weiter erhöht. Und eben das Bruttoinlandsprodukt steigt dann wieder und dann kommt man da raus.

Marco Herack:

Ist das der Grund, warum Ökonomen so gerne vom V-Verlauf des Wirtschaftseinbruchs reden, weil darin dann diese Hoffnung steckt, dass man dann auch die Schulden, die man jetzt aufnimmt, wieder, na ja, mindert?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, noch nicht mal. Also erstens muss man ja sagen, V-Verlauf – für alle, die das nicht wissen – bedeutet schnell runter und schnell wieder rauf, wie das gemalte V. Und dann bin ich eben schnell wieder auf dem Niveau von vor der Krise. Das ist natürlich hilfreich für den Abbau der Schulden, aber ehrlich gesagt, wir brauchen das gar nicht. Also zum Beispiel wir am IMK rechnen ja nicht mit so einem V-Verlauf, sondern wir glauben eher, dass das ein ganzes Stück länger dauert. Und trotzdem glauben wir, dass man recht leicht aus diesen Schulden rauswachsen kann. Denn eine Sache muss man ja auch noch beachten: Wir haben Inflation, das heißt, ohne dass ich wirklich echtes Wirtschaftswachstum habe, wird mein Einkommen größer in Euro gemessen, die Schulden bleiben aber gleich. Wir haben hier eine Situation, wo wir keine Zinsen haben, das heißt, der Schuldenstand bleibt einfach so, wie er ist. Und einfach durch die Inflation, die wir sehen, wird das jedes Jahr weniger im Verhältnis zu unserem Bruttoinlandsprodukt, zu unserem Einkommen. Also wir brauchen keine V-förmige Erholung, sondern das Rauswachsen, das kriegen wir auch ganz gut ohne das hin.

Marco Herack:

Im Sinne dieses Diskurses, der da aufgeplopt ist, es macht überhaupt keinen Sinn zu kürzen, weil man sich damit ja selber das Wirtschaftswachstum weg kürzt.

Sebastian Dullien:

Genau. Und dazu gibt es auch eine ganze Reihe von Studien. Zwei meiner Mitarbeiter, Christoph Paetz und Sebastian Gechert, haben dazu auch jüngst eine Studie gemacht, wo sie eben zeigen, dass diese Sozialtransfers relativ hohe sogenannte Multiplikatoren haben. Das heißt, wenn ich 1 Euro für Sozialtransfers ausbebe, dann steigt möglicherweise das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 1 Euro. Das heißt aber auch wiederum, dass, wenn ich jetzt da kürze und das Bruttoinlandsprodukt fällt, dass vielleicht dann meine Schuldenquote gar nicht so zurückgeht. Weil wenn ich dann als Staat weniger Geld ausbebe, das Bruttoinlandsprodukt ist niedriger, dann habe ich genau den umgekehrten Effekt wie das, was ich gerade mit dem Herauswachsen aus den Schulden beschrieben habe. Also wenn ich jetzt schrumpfende Wirtschaftsleistungen habe, dann kann der Schuldenberg gemessen am Einkommen sogar größer werden. Und darum muss man alles tun, um diese Schrumpfung zu vermeiden und zu stoppen.

Marco Herack:

Also im angelsächsischen Raum spricht man momentan auch eher darüber, dass der Staat selber vielleicht einfach dafür sorgen muss, dass die Leute mehr Jobs haben, weil viele Jobs gar nicht mehr zurückkehren werden. Also auch da ist so eine ganz andere Diskussion am Laufen momentan, als wir sie hier zulande teilweise erleben. Ein weiterer Punkt, der in den letzten Tagen so ein bisschen hochgeplopt ist, ist so die Frage, ob man den Mindestlohn jetzt nicht erhöhen müsse oder vielleicht sogar kürzen müsse, um der Wirtschaft zu helfen oder eben erhöhen, um den Menschen zu helfen. Wie ist da deine Position?

Sebastian Dullien:

Na, ich meine, es steht jetzt demnächst die Debatte an, ob der Mindestlohn wieder angepasst werden soll. Und auch da haben wir eine Mindestlohnkommission, die dafür Vorschläge macht. Da gibt es ein Verfahren, was üblicherweise, ja, worauf man sich geeinigt hat und das läuft grob in Anpassung auch der Lohn- und Gehaltsentwicklung. Und danach müsste man jetzt beim Mindestlohn ein bisschen was drauflegen. Jetzt kommen auch wieder die ersten Leute um die Ecke, die sagen, nein, nein, nein, das geht aber überhaupt nicht in einer Krise wie der jetzigen, sondern da soll mal eine Nullrunde gemacht werden. Nullrunde bedeutet eben auch keinen Inflationsausgleich, sondern einfach der bleibt so, wie er ist. Das bedeutet, die Menschen, die im Mindestlohn arbeiten, haben real weniger Kaufkraft. Und auch das halte ich zurzeit für falsch, denn der Mindestlohn hat eine wichtige Funktion inzwischen so als Lohnanker der Wirtschaft bekommen. Und was wir halt verhindern müssen, ist, dass aus diesem einen Corona-Schock die Erwartung entsteht, dass die Löhne und Gehälter nicht wieder steigen. Auch das ist was, was wir in den 2000er Jahren hatten. Da sind die Leute davon ausgegangen, dass ihr Lohn und ihr Gehalt nicht mehr zunimmt. Und wenn man das so denkt, dann ist natürlich die logische Konsequenz, dass ich jetzt schon mal den Gürtel enger schnalle, weil ich dann ja mehr sparen muss für die Zukunft. Und das ist einer der Gründe, warum wirklich auch der Konsum dann über Jahre ganz, ganz schwach

war. Wenn wir uns das angucken, auch noch mal dieser Vergleich der Aufschwünge, die wir nach 2005 hatten, die wir dann nach der Finanzkrise hatten, da sieht man genau den Unterschied, dass damals ... nach 2005 hatten wir ganz wenig Lohnwachstum oder relativ wenig Lohnwachstum, wir hatten aber dann auch wenig Inlandskonsum, wenig Privatkonsum und die deutsche Konjunktur hing total an den Exporten. Und wenn immer dann irgendwas in der Weltwirtschaft nicht gut lief, hat das voll reingeschlagen. Dagegen dieser Aufschwung, den wir da nach 2010 hatten, der dann noch mal unterbrochen wurde von der Eurokrise, da sind die Löhne und Gehälter in Deutschland ordentlich gestiegen und der Privatkonsum hat richtig die Wirtschaft getragen. Das Ergebnis war, dass dieser Aufschwung auch viel, viel beschäftigungsintensiver war und wir Rekordstände bei der Beschäftigung erreicht haben. Und das heißt, man muss darauf achten, dass man nicht die Erwartung von Lohnsteigerungen kaputt macht. Und gerade aus dem Grund sollten wir jetzt nicht auf die Idee kommen, die Idee des Mindestlohns auszusetzen.

Marco Herack:

Wobei du ja vorhin gesagt hast, dass wir Inflation haben. Das heißt, wenn der Mindestlohn jetzt gleichbleiben würde, wäre das ja eigentlich eine Gehaltskürzung.

Sebastian Dullien:

Genau. Also wenn der Mindestlohn jetzt nominal gleichbleibt in Euro, dann wäre das eine reale Gehaltskürzung. Wir haben jetzt noch gar nicht über die soziale Seite geredet. Das ist natürlich auch sozial völlig verfehlt, insbesondere weil das ja auch viele Menschen trifft, die jetzt in der Krise schon gelitten haben, also die jetzt im Dienstleistungssektor, in der Gastronomie, möglicherweise auch in Teilen des Einzelhandels auf diesem Mindestlohn waren, dann noch Kurzarbeit anmelden mussten oder für die Kurzarbeit angemeldet wurden und denen es sowieso finanziell hinten und vorne nicht gut geht.

Marco Herack:

Und die wirtschaftlich betrachtet aber ihr Geld auch sofort wieder ausgeben – in Klammer: müssen – und dadurch erzielt man ja wirtschaftlich gesehen eigentlich einen sehr positiven Effekt, weil das Geld nirgendwo zwischendrin verlorengeht oder gespart wird.

Sebastian Dullien:

Ja klar, das sind die Haushalte, die eine sehr hohe, wie wir das nennen, Konsumneigung haben. Das heißt, sie geben sehr viel von ihrem Geld direkt wieder für den Konsum aus. Und das ist ja einer der Gründe, warum wir auch immer gesagt haben, eigentlich hätte man das Kurzarbeitergeld aufstocken müssen, weil jetzt gerade so viele von diesen, ja, Niedrigeinkommensbeziehern von Kurzarbeit betroffen sind und das tatsächlich einen Nachfrageeffekt dann hat, der nicht gut ist.

Marco Herack:

Aber die Themen fließen da an der Stelle ja schon ineinander. Also weil ja auch hier, also auf der einen Seite wäre dann die Gehaltskürzung, auf der anderen Seite wäre dann vielleicht die Kürzung von Sozialgeldern von Menschen, die es ja dann wirklich absolut brauchen. Also auch da würde man Konsumneigung dann wieder abschneiden, also wenn man es mal rein ökonomisch betrachtet, abseits des

persönlichen Schicksals.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Das, was Leute wie Friedrich Merz machen oder der Verband der Familienunternehmer, das legt halt schon die Axt an ein binnenwirtschaftlich getriebenen Aufschwung in Deutschland. Und ehrlich gesagt, ich bin auch etwas überrascht, dass man jetzt die Krise missbraucht zum Verteilungskampf, wie das die Familienunternehmer tun und wie das dann offensichtlich auch Friedrich Merz tut für den Verteilungskampf von unten nach oben, dass man eben von unten noch was wegnimmt, damit die oben nach der Krise ein besseres Leben haben. Das finde ich eigentlich erstens unverantwortlich und zweitens eigentlich unverschämt.

Marco Herack:

Sebastian, dann bedanke ich mich recht herzlich, dass du dir die Zeit genommen hast.

Sebastian Dullien:

Ja, herzlichen Dank, Marco.

Marco Herack:

Und ihr könnt uns wie immer gerne eine E-Mail schreiben, wenn ihr dem noch etwas hinzufügen wollt, was wir gerade hier besprochen haben. Das wäre systemrelevant@boeckler.de. Und außerdem findet ihr uns auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Und Sebastian findet ihr auf Twitter als [SDullien](https://twitter.com/SDullien). In dem Sinne wünschen wir euch eine schöne Zeit und bis bald.

Sebastian Dullien:

Tschüss.